

Habeck will Heizungsgesetz verbessern

Der Wirtschaftsminister gibt der Kritik nach, will das Gesetz aber vor der Sommerpause verabschieden lassen.

BERLIN. Hausbesitzer könnten beim Umstieg auf eine klimafreundlichere Heizung mehr Zeit bekommen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will beim heftig umstrittenen Gebäudeenergiegesetz nachbessern. Er nehme die Kritik und die gesellschaftlichen Sorgen sehr ernst, sagte der Grünen-Politiker den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. „Ich will das Gesetz besser machen.“ Er kündigte dazu Gespräche mit seinem neuen Staatssekretär Philipp Nimmermann in der nächsten Woche an. Für Dienstag ist ein Treffen Habecks mit Abgeordneten der Ampelfraktionen geplant.

Habeck nannte vier Bereiche für Verbesserungen. „Beim Startzeitpunkt hielte ich eine Staffelung für eine Möglichkeit: Wir könnten ab dem 1. Januar 2024 mit dem Umstieg für Neubauten anfangen. Das betrifft dann die Neubauten, die ab Januar genehmigt werden.“ Bei Bestandsgebäuden wolle er den Wunsch nach mehr Zeit aufnehmen.

„Es braucht jetzt Kompromissbereitschaft von allen Seiten.“

Robert Habeck,
Bundeswirtschaftsminister

„Man kann auf mehrere Arten klimafreundlich heizen“, sagte Habeck. Der Gesetzentwurf sei schon technologieoffen. „Aber wir sollten das auch noch mal stärken, wie die Debatte um Holzpellets zeigt.“ Bald solle auch ein Maßnahmenpaket für den Nah- und Fernwärme-Ausbau vorgestellt werden. Es ergebe aus seiner Sicht Sinn, Übergangsfristen mit dem Neu- und Ausbau eines Wärmenetzes zu synchronisieren. „Und es braucht eine pragmatische, unbürokratische Härtefallregelung, die dafür sorgt, dass von niemandem etwas verlangt wird, was er oder sie nicht leisten kann.“

Es sei wichtig, dass das Gesetz noch vor der Sommerpause durch den Bundestag gehe, sagte Habeck. „Es braucht jetzt Kompromissbereitschaft auf allen Seiten, um die Gesellschaft bei dieser riesigen Aufgabe nicht weiter auseinanderzutreiben, sondern sie hinter bezahlbarem, pragmatischem und der Drastik der Klimakrise angemessenem Klimaschutz zu versammeln.“

Die Spitzen der Ampelkoalition hatten bei ihrem Koalitionsausschuss Ende März vereinbart, dass das sogenannte Gebäudeenergiegesetz noch vor der Sommerpause im Bundestag beschlossen werden soll. *dpa*